



Ein „Stern“ als Zeichen für die Gleichberechtigung Ratsantrag

SPD-Fraktion
im Rat der Stadt Münster

Bahnhofstraße 9
48143 Münster
Tel. (0251) 45 314
Fax (0251) 511 750
www.spd-muenster.de

26.03.2019

Der Rat der Stadt Münster möge beschließen:

1. Die Verwaltung nutzt in Zukunft bei sämtlichem Schriftverkehr der Verwaltung eine geschlechtsumfassende Formulierung (zum Beispiel „Studierende“). Das gilt für E-Mails, Briefe, Präsentationen, Internetseiten, Broschüren und Flyer, Pressemitteilungen, Vorlagen, Drucksachen, interne Mitteilungen, etc..
2. Eine geschlechtsumfassende Ansprache ist nicht immer möglich. In diesem Fall wird der Genderstern als Darstellungsmittel aller sozialen Geschlechter und Geschlechtsidentitäten genutzt (zum Beispiel „Schüler*innen“).
3. Die persönliche Ansprache direkt bekannter Personen bleibt auch in Zukunft individuell.
4. Durch diesen Beschluss wird die Empfehlung "Vokabelheft Fair formuliert ‚Der Mörder ist immer ... die Gärtnerin‘" abgelöst.

Begründung:

Artikel 3 des Grundgesetzes fordert von uns die Gleichberechtigung und Gleichbehandlung aller Menschen - gleich welchen Geschlechts. Das Bundesverfassungsgericht hat bereits Ende 2017 entschieden, dass Personen, die sich dauerhaft weder dem männlichen noch dem weiblichen Geschlecht zuordnen lassen, in ihren Grundrechten verletzt werden, wenn bei einer Auswahl positiv nur eine männliche oder weibliche Geschlechtszuordnung möglich ist.

Verwaltungssprache in Münster soll alle Menschen ansprechen. Frauen und Männer und solche, die sich selbst nicht als Frau oder Mann beschreiben. Ziel ist es, eine Sprache zu implementieren, mit der die Vielfalt und Vielzahl geschlechtlicher Identitäten beachtet wird. Das ist deutlich mehr als der bisherige sprachliche Ausgleich zwischen männlichen und weiblichen Identitäten. Zu diesem Schritt hatte sich die Stadt Münster



bereits im Jahr 2012 in einer beachteten Vorreiterrolle entschlossen.

Sprache bildet gesellschaftliche Wirklichkeiten ab, hat aber auch einen großen Einfluss auf die Wirklichkeit und kann diese mit verändern. Eine geschlechtsumfassende Sprache soll dafür sorgen, dass sich mehr Menschen angesprochen fühlen und kann damit dazu beitragen, die Gleichstellung aller Geschlechter in der Gesellschaft zu ermöglichen. Dies gilt insbesondere für Menschen, die sich nicht als Mann oder als Frau definieren können oder wollen.

Die Empfehlungen zur geschlechtergerechten Sprache sind nur ein kleiner Teil dessen, was wir für Geschlechtergerechtigkeit tun müssen. Aber sie sind ein wichtiger Schritt dorthin.

Wenn man es zwei von drei Geschlechtern zugesteht, sich in der Verwaltungssprache wiederzufinden, kann man es dem dritten kaum verweigern.

Sozialdemokratische Partei Deutschlands
Fraktion im Rat der Stadt Münster

Dr. Michael Jung
Philipp Hagemann
Mathias Kersting
Katharina Köhnke
Hedwig Liekefedt
Petra Seyfferth

Stephan Brinktrine
Marius Herwig
Michael Kleyboldt
Thomas Kollmann
Mustafa Schat
Ludger Steinmann
Maria Winkel

Doris Feldmann
Dr. Cornelia Jäger
Marianne Koch
Gaby Kubig-Steltig
Anne Schulze Wintzler
Beate Vilhjalmsen

